



Foto: Oliver Mostert

## „Bürger- und Sozialraumorientierung“ wird verändert fortgesetzt

# Für Lebenswerte Veedel

Das Programm „Lebenswerte Veedel – Bürger- und Sozialraumorientierung“ wird auch in den nächsten Jahren fortgesetzt. Dafür hat sich die grüne Ratsfraktion erfolgreich eingesetzt.

### Wie alles anfang

Als 2005 unter maßgeblicher Beteiligung der Liga der Wohlfahrtsverbände, der Stadtverwaltung und des Stadtrats das integrierte Handlungskonzept auf den Weg gebracht wurde, verband man es mit dem Ziel, die Lebensqualität und -bedingungen in bestimmten Stadtteilen zu verbessern: Die ins Projekt aufgenommenen elf Sozialräume beinhalten gleichermaßen überdurchschnittlich viele Kriterien der sozialen Benachteiligung, u.a. hohe Arbeitslosenquoten und viele Familien, die Unterstützungsleistungen erhalten, sowie einen hohen Anteil von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte.

### Die Ziele

Durch eine bessere Vernetzung der Akteure in den elf Sozialräumen, der Ermittlung der dortigen Bedarfslagen und der Initiierung von Kooperationen sollen die Lebensbedingungen der Menschen präventiv und nachhaltig verbessert und Armut und soziale Segregation vermindert werden. Mit der Fortsetzung des sozial-

raumorientierten Handlungsprogramms wird der Stadtrat nun beschließen, dass Aspekte wie Wohnen, lokale Ökonomie, Stadt- und Grünplanung sowie Stadtentwicklung intensiver mit einbezogen werden.

### Die Akteure

Alle elf Veedel behalten weiterhin „ihre“ Sozialraumkoordinatoren die eine vernetzende, vermittelnde und intermediäre Funktion zwischen den Menschen vor Ort, Verwaltung und Politik ausüben. Ihre Aufgabe ist es auch, Projekte anzustoßen, zu begleiten und zu verzahnen. Aus grüner Sicht war und bleibt es wichtig, dass die Sozialraumkoordinatoren von der Verwaltung unabhängig sind. Deshalb halten die GRÜNEN daran fest, dass zehn von elf Sozialraumkoordinatoren bei freien Trägern angesiedelt sind. Im Stadthaushalt 2013/14 stehen durch rot-grünen Haushaltsbeschluss 660.000 € zur weiteren Finanzierung des Personals bereit.

### Die Erfolge

In der 2010 vom Institut für Stadtteilentwicklung, Sozialraumorientierte Arbeit und Beratung der Universität Duisburg/Essen (ISAAB) vorgelegten Evaluation stechen die folgenden Erfolge besonders hervor:

- die bewohnerorientierten Angebote nehmen um 96,4% zu,
- die soziale Integration entwickelt sich positiv,
- Selbsthilfe und Eigeninitiativen werden gestärkt,
- das ehrenamtliche Engagement nimmt zu,
- Kooperations- und Vernetzungsstrukturen wurden verbessert,
- die jährlichen Mittel für Projekte im Sozialraum konnten durch die Akquise von Co-Finanzierungen jeweils verdoppelt werden.

### Wie geht es weiter

Der Ratsbeschluss vom 17.12.2013 sieht nun die Fortsetzung des sozialräumlichen Handlungskonzepts über das Jahr 2014 hinaus vor - allerdings mit Veränderungen und Anpassungen am interdisziplinären Charakter. So gibt das Jugendamt die Federführung an die Bürgerämter ab. Die Projektmittel sind zugunsten der Personalfinanzierung gestrichen worden. Umso erfreulicher ist es, dass es den GRÜNEN gelang, weitere Mittel in Höhe von ca. 85.000 Euro in 2014 für das Projekt „Lebenswerte Veedel - Bürger- und Sozialraumorientierung“ zur Verfügung zu stellen.

Kirsten Jahn

# Aufklären!

Im Unterausschuss Kulturbauten am 25.11. sollte eigentlich die nächste Wegmarke auf dem Weg hin zur Realisierung der Archäologischen Zone und des Hauses der jüdischen Kultur gesetzt werden. Die Lenkungsgruppe hatte sich konstituiert, das Fassadenmodell wurde eingeweiht, in zahlreichen Kostenworkshops mit dem Architekten wurden drohende Kostenüberschreitungen abgewendet, der Projektsteuerer, der Projektleiter und die wissenschaftlichen Mitarbeitenden sind benannt und haben ihre Arbeit aufgenommen.

Doch statt dieser guten Botschaften gab es negative Schlagzeilen: Der Oberbürgermeister teilte mit, dass den vom Rat gebilligten Grabungskosten in Höhe von 2,31 Mio. Euro nun 7,29 Mio. Euro Ausgaben gegenüberstehen. Markus Trier hat bereits bei seinem Antritt als Projektleiter Kostenüberschreitungen befürchtet. Nun zeigt sich die bittere Wahrheit. Einmütig hat der Rechnungsprüfungsausschuss das Rechnungsprüfungsamt mit der Aufklärung beauftragt, um aus den Ergebnissen Konsequenzen zu ziehen.

Bislang existiert nur eine spärliche Mitteilung zum Sachstand. So viel aber ist klar: Die Kostensteigerung wurde noch in der Amtszeit des früheren Projektleiters Sven Schütte und seines Vorgesetzten Georg Quander verursacht. Gemäß



Foto: Regina Kobold

Haushaltssatzung wäre der Beigeordnete Quander zur Information über die Kostensteigerungen gegenüber dem Rat verpflichtet gewesen. Auch das bereits mit Ratsbeschluss vom 14.07.2011 gegen die CDU durchgesetzte externe Kostencontrolling und eine Projektsteuerung hätten deutlich früher umgesetzt werden müssen.

Das Mißmanagement kann die historische Dimension dieses einzigartigen Vorhabens aber keineswegs schmälern. Die Verwaltung muss die Vorgänge nun rasch aufklären. Das ist umso wichtiger, um weiteren Imageschaden für das Projekt abzuwenden, der von den Projektgegnern ausgenutzt würde.

*Brigitta von Bülow*

# Windkraft für Köln

**Kommentar von Gerd Brust**

2005 hat der Kölner Rat gegen die Stimmen der GRÜNEN eine Konzentrationszone für Windenergieanlagen (WEA) am Standort Horbell im Kölner Westen beschlossen. Aufgrund der dort vergleichsweise ungünstigen Windverhältnisse gibt es in Köln bis heute kein einziges Windrad - abgesehen von Kleinanlagen auf Dächern. Das war auch die Absicht bei der damaligen Beschlussfassung durch die große Koalition der Windenergie-Gegner. Anlass war der Plan eines privaten Investors in der Nähe von Sinnersdorf eine große Anlage zu bauen. Die Stadt konnte die Genehmigung der Anlage nur dadurch verweigern, dass sie eine Konzentrationszone für Windanlagen an einem anderen, ungünstigen Standort festlegte.

Die RheinEnergie AG, an der die Stadt indirekt beteiligt ist, kämpfte damals noch an vorderster Front gegen die Windenergie. Heute gehört die Rhein-

lich auch in Köln die ersten Anlagen errichtet werden. Eine neue Studie des grünen Landesumweltministers Remmel über die Potenziale der Windkraft in NRW zeigt, dass auch auf Kölner Stadtgebiet etliche Flächen für die Stromgewinnung aus modernen Windanlagen nutzbar sind - natürlich bei Einhaltung des vorgeschriebenen Abstands zu Wohnflächen. Nach dieser Studie sind in Köln über 400 ha Fläche grundsätzlich geeignet. Darauf könnten je nach Szenario Anlagen mit 120 bis 138 MW Leistung errichtet werden.

Im rot-grünen Koalitionsvertrag haben die GRÜNEN vereinbart: „Es soll geprüft werden, inwieweit auf Kölner Stadtgebiet sinnvoll ein für Windturbinen attraktives Gebiet als Konzentrationszone ausgewiesen werden kann.“ Die GRÜNEN erwarten, dass die Verwaltung die in der Potenzialanalyse vorgeschlagenen Flächen näher unter-



Foto: Oliver Mostert

Energie mit über 100 MW Erzeugungskapazität durch Windkraft selbst zu den großen Betreibenden in Deutschland. Dieser erfreuliche schnelle Wandel war absolut zwingend: denn Strom aus Windkraft ist die preiswerteste Art erneuerbare Energien zu nutzen. Ohne Wind ist die Energiewende nicht machbar.

Die GRÜNEN wollen daher, dass end-

sucht. Sie soll einen Abwägungsprozess auf Grundlage der Ziele und Kriterien des NRW-Windenergieerlasses vom 11.7.2011 einleiten und dann dem Rat Vorschläge machen, welche weiteren Flächen auf dem Gebiet der Stadt Köln für Windenergieanlagen ausgewiesen werden können und welche rechtlichen Voraussetzungen dafür jeweils erfüllt sein müssen.

# Köln braucht Zentrum für Energieeffizienz

Die Stadt Köln hat sich als Mitglied im Klima-Bündnis verpflichtet, ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen alle fünf Jahre um 10 % zu senken und bis 2030 zu halbieren. Der Bürgermeisterkonvent hat außerdem beschlossen, die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2020 um 20 % zu reduzieren.

Um diese ambitionierten Ziele zu erreichen, muss der Konzern Stadt seine Hausaufgaben im eigenen Bereich erledigen. Dazu gehört zum Beispiel die Einrichtung einer Klimaschutzkoordinationsstelle (erledigt), die Festschreibung des Passivhausstandards bei städtischen Neubauten (erledigt, trotzdem immer wieder in Frage gestellt) oder die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen bei den städtischen Gesellschaften. Hier ist etwa das Projekt Smart City Cologne zu nennen, das von der RheinEnergie initiiert wurde und eine Reihe von Energiespar-Projekten beinhaltet, z.B. Celsius, bei dem es um die Rückgewinnung von Wärme aus Abwasser geht.

## 11 t pro Kopf

Neben dieser städtischen Sphäre gibt es aber Wohnungseigentümer, Mieter sowie Gewerbe- und Industriebetriebe, auf die der Löwenanteil des Gesamtenergieverbrauchs und damit auch der CO<sub>2</sub>-Emissionen entfällt. Laut dem Energie-Gutachten zum Integrierten Klimaschutzkonzept (ifeu/Gertec, 2012) lag der Gesamtenergieverbrauch in Köln (ohne Verkehr) 2008 bei 20.700 GWh, also über 20.000 kWh pro Kopf (siehe Grafik: „Endenergiebilanz 2008 für Köln (nur Energie)“, ifeu/Gertec: S. 19). Davon entfielen 35 % auf Privathaushalte, 21 % auf Gewerbe/Sonstiges, 43 % auf die Industrie und 1 % auf städtische Gebäude. Die CO<sub>2</sub>-Emissionen entsprechen etwa dieser Verteilung und lagen 2008 bei 7,7 Mio. Tonnen, also 7,46 Tonnen pro Kopf. Die Verkehrsemissionen kommen noch dazu und betragen 2006 3,6 Tonnen pro Kopf (Gutachten Wuppertal Institut, 2011), so dass sich die gesamten CO<sub>2</sub>-Emissionen für Köln auf etwa 11 Tonnen pro Kopf und Jahr summieren.

## Potenziale

Aus dem Industriebereich ist bekannt, dass hier teilweise hohe Energieverbräuche für spezifische Prozesse zu Buche schlagen, die nicht beliebig ersetzt werden können. Gleichzeitig besteht hier schon aus wirtschaftlichen Gründen ein hoher Druck, die Produktionsabläufe energetisch zu optimieren, so dass

die Einsparpotenziale durch externe Beratung relativ begrenzt sind. Im Bereich der Privathaushalte wie auch bei den kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) besteht demgegenüber häufig ein sehr hohes und noch nicht ausgeschöpftes Potenzial für energetische und gleichzeitig wirtschaftliche Einspar- und Optimierungsmaßnahmen, das durch entsprechende Beratungsangebote aktiviert werden kann (siehe Grafik „Wirtschaftliche Einsparpotenziale 2020“, ifeu/Gertec: S. 46).

## ZEFF gründen

Genau an dieser Stelle setzt das Zentrum für Energieeffizienz (ZEFF) an, das bereits Ende 2011 im Rahmen des Sofortmaßnahmenprogramms zum Klimaschutz vom Stadtrat beschlossen wurde. Das ZEFF zielt auf die vorgenannten Einsparpotenziale im Bereich Private und KMUs und bildet deshalb auch aus GRÜNER Sicht einen sehr wichtigen Baustein für einen effektiven Klimaschutz in Köln.

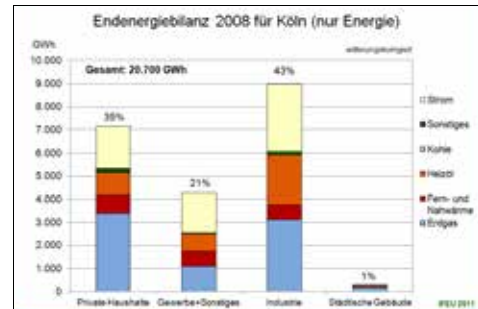
## Was kann ein ZEFF?

Wie sollte ein ZEFF nun aussehen und was soll es konkret bewirken? Das ZEFF soll einen zentralen und bekannten Anlaufpunkt in der Stadt bilden, an dem sich Privatleute und Gewerbetreibende jederzeit kompetent, unbürokratisch, neutral und für eine Erstberatung auch kostenlos darüber informieren können, welche konkreten Maßnahmen zur Verringerung ihres Energieverbrauchs für sie in Betracht kommen. In das Zentrum sollen dabei die schon bestehenden Beratungsangebote etwa der Verbraucherzentrale oder der EnergieAgentur NRW integriert werden. Gleichzeitig soll das ZEFF auch eng mit dem örtlichen Handwerk zusammenarbeiten, das nach einer Erstberatung die konkrete Planung und Durchführung von Maßnahmen etwa im Bereich der energetischen Altbausanierung anbietet.

## Zielgruppe Handwerk

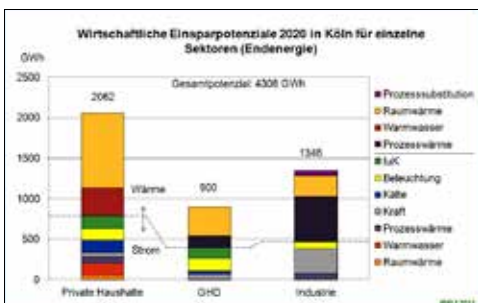
Insbesondere für die Zielgruppe der Handwerksbetriebe soll es zum Austausch von Best Practice Beispielen, zur fachlichen Weiterbildung und zur Sicherung verbindlicher Qualitätsstandards auch die Funktion eines

Kompetenzzentrums übernehmen. Damit würde in Köln eine insgesamt hohe Beratungsqualität garantiert und gleichzeitig wäre gesichert, dass die fachlichen Anforderungen auch in der Baupraxis tatsächlich umgesetzt werden. Für die Handwerksbetriebe würde ein zusätzliches Auftragsvolumen generiert, so dass das ZEFF mittelbar auch



	Erdgas	Fern- und Nahwärme	Heizöl	Kohle <sup>1)</sup>	Sonstiges	Strom	Gesamt
Private Haushalte	3.386	789	961	0	183	1.837	7.156
Gewerbe+Sonstiges	1.097	634	757	0	69	1.716	4.263
Industrie	3.102	649	2.155	0	152	2.919	8.977
Städtische Gebäude	161	73	10	1	1	64	310
<b>Gesamt</b>	<b>7.746</b>	<b>2.145</b>	<b>3.883</b>	<b>1</b>	<b>395</b>	<b>6.536</b>	<b>20.706</b>

Bild 3: Endenergieverbrauch 2008 in Köln nach Sektoren (ohne Verkehr in GWh<sup>1)</sup>)



	Private Haushalte	Gewerbe + Sonstiges (GHDI)	Industrie	Gesamt
Energieeinsparpotenziale Wärme (GWh)	1.267	504	877	2.648
Energieeinsparpotenziale Strom (GWh) <sup>2)</sup>	795	396	469	1.660
<b>Gesamt</b>	<b>2.062</b>	<b>900</b>	<b>1.346</b>	<b>4.308</b>

Bild 12: Summe der wirtschaftlichen Einsparpotenziale 2008-2020 nach Sektoren und Anwendungen (Endenergie Strom und Wärme).

ein Element der lokalen Wirtschaftsförderung beinhaltet.

Vor allem durch die bisher stark zersplitterte Beratungslandschaft im Bereich Energie und Klimaschutz in Köln und die nicht immer gesicherte Qualität bei der baulichen Umsetzung energetischer Sanierungsmaßnahmen würde das ZEFF für Köln einen echten Mehrwert bringen. Die Verwaltung ist nun am Zug, dem Rat einen Umsetzungsvorschlag zur Gründung eines Zentrums für Energieeffizienz vorzulegen.

*Matthias Welpmann*

# Rat im Rückblick

von Ratsreporter Ignatz Igel

**Am 17. Dezember 2013 tagte der Stadtrat über 9 Stunden bis in die Nacht und behandelte über 120 Tagesordnungspunkte. Erstmals wurde die Ratssitzung weltweit via Internet übertragen.**

## Wohnungsbauförderung

Endlich wurde das „kooperative Baulandmodell Köln“ mit einer eindrucksvollen Mehrheit von SPD, CDU und GRÜNE beschlossen. Ab 25 Wohneinheiten muss nun ein Investor 30 % öffentlich geförderten Wohnungsbau im jeweiligen Bebauungsplangebiet realisieren. Bis dieses Programm greift, soll die Schaffung von preiswertem Wohnraum, vor allem in Stadtteilen, in denen es vergleichsweise wenig bezahlbare Angebote gibt, durch eine finanzielle Bezuschussung von 150 Euro pro qm belohnt werden. 2 Millionen Euro stellt die Stadt deshalb für die Jahre 2013 und 2014 zur Verfügung. Das Programm heißt „Bezahlbaren Wohnraum sichern“. Auch dieses Programm beschlossen SPD, GRÜNE und CDU gemeinsam.

Der Rat diskutierte auch über den Wohnungsmangel für Studierende. Die Realisierung der neuen städtischen Wohnungsbauförderung wird auch den Studierenden helfen, erschwierlichen Wohnraum zu finden. Wohnraum ausschließlich für Studierende anzubieten, ist allerdings eine Landes- und Hochschulaufgabe. Dazu müssen sie das Finanzmittel und ihnen gehörende Flächen bereitstellen.

Der Rat beschloss, Studentenwerk und Hochschulen dabei zu unterstützen. Der FDP-Antrag für Wohnungsbau auf dem Bahngelände am Mediapark wurde in die Lenkungsgruppe Masterplan Innenstadt verwiesen.

## Bürgerbeteiligung

Der Rat wird die Bürgerbeteiligung in Köln weiter entwickeln. Dafür stimmte eine sehr breite Mehrheit von SPD, GRÜNE, CDU, und FDP. Verschiedene Bürgerinitiativen haben die öffentliche Diskussion über verbesserte Beteiligungsmöglichkeiten angestoßen. Nun soll die Verwaltung Empfehlungen für einen Kölner Weg zum Ausbau und zur Verbesserung der Beteiligungskultur erarbeiten und sie dem Rat noch vor der Sommerpause 2014 vorlegen.

## Bühnen

Trotz destruktiver Nörgelei stimmte letztlich auch die CDU dem rot-grünen Antrag zur Stärkung der Bühnen zu. Die Bühnenleitung wurde auch beauf-

tragt, in 2014 einen Entschuldigungsplan für den Bühnenbetrieb vorzulegen. Ab 2016 müssen die aufgelaufenen Verlustvorträge ausgeglichen werden. Nach derzeitigem Stand betragen sie dann immer noch 5 Mio. Euro. Sie sind Folge des eklatanten Missmanagements in den Jahren 2010 bis 2012 (Siehe Seite 7).



Foto: Regina Kobold

## Kolbhalle Ehrenfeld

Der Rat beschloss auf rot-grüne Initiative mit den Stimmen von CDU und FDP, dem Verein „wir selbst“ die Möglichkeit einzuräumen, sich an den Grundstückseigentümer NRW.Urban mit einem belastbaren Nutzungs- und Finanzkonzept zu wenden, um ein Grundstück zu erwerben. In dem langjährigen Konflikt hat der Verein bislang kein Konzept vorgelegt. Der Ratsbeschluss vom 18. Juni 2013 bleibt dabei weiter in Kraft. Demnach soll auf dem Kolb-Areal eine Mischnutzung aus preiswertem Wohnungsbau und Gewerbe mit dem Schwerpunkt Kreativwirtschaft entstehen. Der Mietvertrag des Vereins mit der Stadt für die Zwischennutzung der Kolbhalle endete bereits 1999. Der Verein ist bis heute nicht bereit, die Halle zu verlassen. Seitdem musste die Stadt über 900.000 Euro Nutzungsentschädigung an NRW.Urban zahlen. Der Verein hat seine Mietzahlungen längst eingestellt, nutzt die Halle aber weiter für seine kulturwirtschaftlichen Aktivitäten. Die Verwaltung betreibt eine Räumungsklage, da NRW.Urban die Herausgabe der Halle verlangt.

## Flüchtlinge unterbringen

Nach heftiger und kontroverser Debatte billigte der Rat mit den Stim-

men von SPD, GRÜNE und Linke den Bau eines Wohnhauses für Flüchtlinge in Sürth. Die Beschlussvorlage für die Errichtung eines Wohnhauses in Longerich zog Oberbürgermeister Roters zurück, da CDU und SPD in der Bezirksvertretung Nippes die Beratung verweigert haben. GRÜNE und SPD im Rat wollen nun im Januar eine Dringlichkeitsentscheidung für dieses Wohnhaus treffen. Der Bau der Wohnhäuser in Godorf und Weiden wurde auch mit Unterstützung der

CDU beschlossen. Die Bauten werden auf Basis der städtischen Leitlinien zur Flüchtlingsunterbringung errichtet (Ratsbeschluss vom 20.07.2004). Es handelt sich um abgeschlossene Wohneinheiten mit Sanitär- und Kochbereich. Die grüne Ratsfraktion setzt sich weiterhin mit Nachdruck für eine humane Unterbringung von Flüchtlingen in Köln ein (Siehe Seite 6).

## Toilettenkonzept

Der Rat billigte das „Strategiepapier für ein ganzheitliches Toilettenkonzept“. Die Realisierung kostet jährlich ca. 1,6 Mio. Euro und soll aus Erträgen des neuen Stadtwerbevertrags finanziert werden. In 2014 wird aus Erträgen der Kulturförderabgabe finanziert (Siehe Seite 8).

## Lebenswerte Veedel

Der Rat beschloss, das Handlungsprogramm „Lebenswerte Veedel - Bürger und Sozialraumorientierung“ fortzusetzen (Siehe Seite 1).

Weitere Informationen: <http://www.gruenekoeln.de/ratsfraktion/rat-im-rueckblick-vom-17122013.html> und <http://www.gruenekoeln.de/ratsfraktion/aktuelle-stunde-im-rat-am-1712-rede-von-joerg-frank.html>

# Die Kulturförderabgabe bleibt!

2014 wird der Rechtsstreit um die kommunale Aufwandsteuer „Kulturförderabgabe“ endgültig entschieden. Dabei geht es aber nicht mehr darum, ob eine solche Steuer erhoben werden darf, sondern nur noch um die Gestaltung eines rechtssicheren Verfahrens. Weil das Oberverwaltungsgericht NRW (OVG) am 23.10.2013 die „Beherbergungssatzung“ der Stadt Dortmund zum Teil aufgehoben hat, folgt daraus keineswegs, dass ihre Erhebung rechtswidrig sei. Zwar behauptet dies der Hotel- und Gaststättenverband (Dehoga) weiterhin unentwegt. Aber damit wird seine Propaganda nicht wahrer. Kürzlich rief dieser Lobbyverband seine Mitglieder sogar zum Steuerzahlungs-



Foto: Oliver Mostert

boykott auf. Damit stellt sich die Dehoga außerhalb des demokratischen Grundkonsenses.

Das OVG NRW hat ausdrücklich ausgeführt, dass auf entgeltliche private Hotelübernachtungen eine kommunale Aufwandsteuer erhoben werden kann, was auch inzwischen angesichts der prekären kommunalen Finanzlage zunehmend mehr Städte in Deutschland tun. Nun hat auch das Berliner Abgeordnetenhaus ein Übernachtungssteuergesetz einstimmig verabschiedet. Ab dem 1.1.2014 erhebt Berlin ebenfalls eine Steuer auf nicht beruflich veranlasste Übernachtungen.

Der Rechtskonflikt dreht sich nur noch um die Frage, ob der Gast Steuerschuldner und der Hotelier der Steuerentrichtungspflichtige oder der Hotelier der Steuerschuldner ist. Die Gerichte haben dies bislang unterschiedlich entschieden. Während das OVG NRW den Gast als Steuerschuldner betrachtet, erklären das Finanzgericht Hamburg und das Bundesverwaltungsgericht den Hotelier zum Steuerschuldner. Dortmund wird gegen das OVG-Urteil Revision einlegen. Die Städte sowie die Stadtstaaten Berlin, Bremen und Ham-

burg werden dann die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts abwarten. Die Kölner Stadtkämmerin hat entschieden, bis dahin die Vollziehung der Steuerbescheide für die Kulturförderabgabe auszusetzen. Nach endgültiger Klärung der Rechtslage wird sie auch wieder erhoben. Da weitere Satzungsentscheidungen des Rates notwendig sind, wird die Abgabe voraussichtlich dann ab Herbst 2014 wieder vereinnahmt.

In Köln werden derzeit wichtige Aufgaben und Vorhaben aus der Kulturförderabgabe (KFA) finanziert. Im Bildungs- und Kulturbereich sind dies die Busbibliothek, der Medienetat und die Samstagsöffnungen der Stadt-

bibliothek, die Rheinische Musikschule, die Akademie der Künste der Welt, kulturelle Bildungsangebote in Offenen Ganztagschulen und die Freie Theaterförderung.

Auch das Angebot öffentlicher Toiletten wird in 2014 noch aus KFA-Erträgen finanziert und erst ab 2015 aus Erlösen des Stadtwerbevertrags. Im Umweltbereich werden das „1000-Bäume-Pflanzprogramm“ sowie das „Stadtklima und Stadtverschönerungsprogramm“ finanziert. Den Bezirksvertretungen stehen jeweils 100.000 Euro für Einzelmaßnahmen zur Verfügung.

Nicht zuletzt werden in 2013 und 2014 KFA-Mittel für Zusatzprojekte von KölnTourismus, für Standortmarketing und die Förderung der Kreativwirtschaft verwendet.

Auch der Sonderzuschuss für die Bühnen sowie die Entschuldung der Bühnen ab 2015 wird nur durch die finanziert werden können.

Die Haushaltsspielräume für wichtige freiwillige Aufgaben sind äußerst eng. Ohne Kulturförderabgabe wären sie nicht weiter zu realisieren.

Jörg Frank

## Peinlich

Zum wiederholten Mal sieht sich die städtische Gleichstellungsbeauftragte, Christine Kronenberg, nicht in der Lage, den gesetzlich vorgeschriebenen Frauenförderplan (FFP) fristgerecht vorzulegen. Der bestehende 4. Frauenförderplan endet am 31.12.2013. Auch er wurde bereits mit einjähriger Verspätung vorgelegt. Aufstellung, Controlling und Fortschreibung des FFP für die Verwaltung ist gesetzliche Pflichtaufgabe und damit Kerngeschäft städtischer Gleichstellungspolitik. Diese Aufgabe nimmt die Gleichstellungsbeauftragte offensichtlich nicht ernst. Ihre Begründung, erst einmal Plandaten ermitteln zu müssen, die angeblich nicht vor Januar 2014 vorlägen, ist peinlich. Ihre Erklärung, sie habe nicht genügend Personal dafür, ist nicht glaubwürdig. Erstaunlicher Weise hat ihre Dienststelle für diverse freiwillige Aufgaben, wie z.B. Cross-Mentoring, ausreichend Kapazität. Die grüne Fraktion kritisierte die „merkwürdige Prioritätensetzung“. Mehr unter: <http://www.gruenekoeln.de/ratsfraktion/frauenfoerderung-nicht-ernst-genommen.html>

## Ausgebaut

Die RheinEnergie AG baut in Köln ihr Fernwärme-Netz weiter aus. Sieben Projekte wurden bzw. werden vorangetrieben. Darunter sind die neuen Stadtquartiere auf dem Clouth-Areal in Nippes, am Grünen Weg in Ehrenfeld, am Vorgebirgspark (früher DuPont-Gelände), das Wohnquartier Reiterstaffel in Marienburg, das Goldsteinforum in Bayenthal und die sanierte Naumann-Siedlung der GAG in Riehl. Die Fernwärme wird über Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) produziert. In KWK erzeugte Fernwärme leistet einen wichtigen Beitrag zur CO<sub>2</sub>-Reduktion.

## Zwischennutzungen

Das Wirtschaftsdezernat hat im Wirtschaftsausschuss am 12.12. einen Bericht zur Umsetzung einer Zwischennutzungsplattform vorgelegt. Damit soll ein Verfahren zur Vermittlung und Vermietung von Gewerbe- und Büroflächen sowie Brachflächen für Zwischennutzungen etabliert werden. Bericht unter: [http://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?\\_\\_kvonr=43630](http://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?__kvonr=43630)

## Humane Unterbringung



Foto: Oliver Mostert

Zurzeit sind in Köln insgesamt ca. 2.800 vom Land zugewiesene Asylbewerber/-bewerberinnen und unerlaubt eingereiste Flüchtlinge in Wohnheimen, Hotels und in den beiden Erstaufnahmeeinrichtungen in der Herkules- und der Vorgebirgsstraße untergebracht. Perspektivisch werden die Flüchtlingszahlen steigen.

Die GRÜNEN halten an den städtischen Leitlinien zur humanen Flüchtlingsunterbringung fest. Kernpunkte der Leitlinien sind: Keine Belegung von Wohnheimen mit mehr als 70 bis 80 Menschen pro Standort, Mietwohnungen für längerfristig zugewiesene Flüchtlinge und Angebot einer adäquaten Sozialberatung. In der jetzigen Notsituation ist für die beiden Erstaufnahmeeinrichtungen eine zeitlich eng befristete Ausnahmeregelung zur Unterbringung von mehr als 70 Personen tolerierbar. Allerdings gilt das nur für Flüchtlinge, die nicht längerfristig Köln zugewiesen sind. Die Unterbringung von längerfristig zugewiesenen Flüchtlingen in Hotels, derzeit ca. 700, muss zeitlich befristet werden. Sehr kurzfristig soll die Verwaltung die Einrichtung einer landeseigenen Erstaufnahmeeinrichtung in Köln für bis zu 400 Flüchtlinge prüfen.

Mittelfristig werden ca. zehn Grundstücke benötigt, auf denen Bauten für maximal 100 Menschen pro Standort errichtet werden können, die bislang in Hotels und Heimen untergebracht sind. Daher ist die Planung für neue Flüchtlingswohnungen in Sürth und in Longe- rich ausdrücklich zu begrüßen. oh

## Diversity am Start



Foto: Regina Kobold

Die Punktdienststelle Diversity ist nun seit dem 1. Dezember voll einsatzfähig. Mit Nina Rehberg wurde auch die Leitung besetzt. Sie verfügt über ein profundes Wissen im Jugend- und Migrationsdienst sowie in der Projektförderung.

Zuvor wurde die Stelle „Lesbenpolitik“ mit einer Frau besetzt. So ist nun das Referat für Lesben, Schwule und Transgender (LST) endlich in einem angemessenen, arbeitsfähigen Zustand. Das Referat verfügt über 1,5 Stellen. Das ist nicht viel, aber nun haben Lesben, Schwule und Transgender eine Vertretung in der Verwaltung und das Referat steht als Ansprechpartner zur Verfügung. Allerdings wäre es wünschenswert, wenn das städtische Diversity-Management mit LST, Kommunales Integrationszentrum (KIZ) und Behindertenpolitik bald über einen anspre-

chenden und informativen Internetauftritt auf [www.stadt-koeln.de](http://www.stadt-koeln.de) verfügen würde.

Die Diversity-Leitung sowie die drei Fachstellen LST, KIZ und Behindertenpolitik sind nun arbeitsfähig und haben ihre Geschäftsstelle in der Rheingasse 11 bezogen. Stadtrat, Verwaltung und Öffentlichkeit erwarten im nächsten Jahr gespannt das Diversity-Konzept der Stadt Köln. Die personellen und räumlichen Voraussetzungen sind geschaffen, jetzt kommt es auf die Inhalte an. aw



Foto: Oliver Mostert

## Schulsozialarbeit

Seit Dezember 2012 appellieren Kommunen an die Bundesregierung die Schulsozialarbeit über das Jahr 2013 hinaus zu finanzieren. Die GRÜNEN wollen, dass die erfolgreiche Arbeit in den Schulen fortgesetzt werden kann. Die Schulsozialarbeit ist ein wichtiger Baustein zu mehr Bildungsgerechtigkeit - besonders für Kinder mit schulischen Problemen. In einer Stadt mit wachsenden Schülerinnen- und Schülerzahlen und einem zunehmenden sonderpädagogischen Förderbedarf ist diese pädagogische Unterstützung für Kinder, Eltern und Lehrkräfte notwendig. Deshalb beschloss die rot-grüne Ratsmehrheit bereits im Juni 2013 die Weiterbeschäftigung der mittlerweile ca. 94 Schulsozialarbeitenden bis zum Ende des Schuljahrs 2013/14. Die Stellen sollen entfristet werden, wenn die in den Bundesrat eingebrachte Gesetzesinitiative zur Aufhebung der Befristung der Stellen Erfolg hat. Die Landesregierungen wollen durchsetzen, dass das vom Bund finanzierte Bildungs- und Teilhabegesetz fortgeschrieben wird. Trotz aller fraktionsübergreifender Bemühungen weiß derzeit niemand, wie es weitergehen wird. Die GRÜNEN wollen, dass alle Mittel, die im Bildungspaket noch aus den Jahren 2011 und 2012 zur Verfügung stehen, zur Fortführung der Schulsozialarbeit eingesetzt werden. Die Schulsozialarbeit soll mindestens bis zum Ende des Schuljahrs 2014/15 gesichert werden. Auch in Zukunft werden die GRÜNEN weiter für die Schulsozialarbeit kämpfen, denn im Koalitionsvertrag der neuen schwarz-roten Bundesregierung findet sich dazu kein Wort. kj



Foto: Ignatz Igel

Am 14.12. wurde die neue U-Bahn-Station eingeweiht und bildet einen neuen Knotenpunkt im KVB-Liniennetz. Damit sind nun drei Stationen der Nord-Süd-Stadtbahn in Betrieb. Die grüne Ratsfraktion hat am 30. April 2013 im Rat erfolgreich darauf hingewirkt, dass die Nord-Süd-Stadtbahn im Südabschnitt von Sürth bis zur Severinstraße ab Mitte 2016 vorzeitig in Betrieb geht.

## Städtische Bühnen auf einem gutem Weg

# Alles im Lot

Bei den städtischen Bühnen ist vieles auf dem Weg: Der Rat wird den Vertrag mit Opern-Intendantin Dr. Birgit Meyer am 17.12. verlängern, für die Eröffnung im sanierten Haus wird der Rat Sondermittel bereitstellen, die Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz befindet sich im Zeit- und Kostenrahmen und das Interimbudget wird eingehalten.

Und dennoch geistern Gerüchte durch die Stadt, dass die Kosten für das Interim von Oper und Schauspiel entgleiten würden – als soll um jeden Preis Unsicherheit und Misstrauen gesät werden. Die dürre Mitteilung der Kulturdezernentin Laugwitz-Aulbach, man könne den Sachverhalt nicht klären, da die damals Handelnden nicht mehr in Köln seien, stieß zu Recht auf Unverständnis. Zwar trifft es zu, dass die Kosten für das Schauspiel-Interim in der Expo höher waren, als ursprünglich angenommen. Das Interimbudget, das dem entsprechenden Ratsbeschluss zugrunde lag, enthielt aber bereits die tatsächlichen höheren Kosten. Der Ratsbeschluss beinhaltete auch die Abmietung der Expo und den Umzug des Schauspiels in ein neues Quartier. Dies ist mit dem Carlswerk an der Schanzenstraße in Mülheim hervorragend gelungen.

Ursprünglich war 2008 geplant, Schauspiel und Oper für insgesamt 28 Mio. Euro im Staatenhaus am Rheinpark unterzubringen. Dies wäre eine deutlich günstigere Variante zum heutigen 40 Mio. Euro teuren Interim gewesen. Dies scheiterte aber leider am Veto des damaligen Opernintendanten Laufenberg und des Kulturdezernenten Quander.

Die Eröffnung des sanierten Hauses ist ein außergewöhnliches Ereignis von bundesweiter Bedeutung. Um eine fulminante Eröffnungsspielzeit im rundum sanierten Haus am Offenbachplatz zu ermöglichen, stellen GRÜNE und SPD im Rat am 17.12. einen Antrag mit dem Titel „Wiedereröffnung und Stärkung der Bühnen“. Für die Eröffnungsspielzeit 2015/16 werden 1,5 Mio. Euro als einmaliger Zuschuss bereitgestellt. Zudem sollen Verwaltung und Bühnenleitung ein Konzept zur Tilgung und Entschuldung der Bühnen erarbeiten. Über



Foto: Ignatz Igel

Der „Blaue Müllsack“ am Hauptbahnhof dient noch bis Mitte 2015 der Kölner Oper als Ersatzspielstätte. Nach dem Umzug der Oper ins frisch sanierte Haus wird er abgerissen.

5 Mio. Euro können die Bühnen bis 2016 nicht aus eigener Kraft abbauen. Die Finanzierung soll aus der Kulturförderabgabe erfolgen.

Die Bühnen werden damit zukunftsfähig gemacht. Ein großartiges Signal, mit dem der Rat zeigt, dass er trotz schwieriger Haushaltslage voll hinter den Bühnen steht.

Der Antrag im Wortlaut: <http://www.gruenekoeln.de/ratsfraktion/ratsantrag-wiedereroeffnung-und-staerkung-der-buehnen-der-stadt-koeln.html>

Brigitta von Bülow

## Impressum

**Herausgeberin/Verlegerin:** Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kölner Rat, Rathausplatz 1, 50667 Köln

**Tel.:** (0221) 22125919; **Fax:** (0221) 22124555  
**Mail:** [gruene-fraktion@stadt-koeln.de](mailto:gruene-fraktion@stadt-koeln.de)

**Redaktion:** Jörg Frank (ViSdP), Barbara Moritz

**Autoren & Autorinnen dieser Ausgabe:**

Gerd Brust (gb), Jörg Frank (jf), Ossi Helling (oh), Ignatz Igel (ii), Kirsten Jahn (kj), Brigitta von Bülow (bb), Matthias Welpmann (mw), Andreas Wolter (aw)

**Realisation:** Einblick Verlag Köln, Tel. 0221 / 510 65 50,

**Bezug:** kostenlos

**Erscheinungsweise:** 10 mal jährlich  
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 09.12.2013  
Die nächste Ausgabe erscheint am 11.02.2014

**Rathaus Ratlos im Internet**

[www.gruenekoeln.de](http://www.gruenekoeln.de)

**Technische Realisation:** Regina Kobold

**E-mail:** [regina.kobold@stadt-koeln.de](mailto:regina.kobold@stadt-koeln.de)

## FRAKTIONSGESCHÄFTSSTELLE

### Bündnis 90 / Die Grünen im Kölner Rat

Rathaus - Spanischer Bau, Rathausplatz 1, 50667 Köln

**Tel.:** 0221 / 22125919 oder 22125920

**E-Mail:** [gruene-fraktion@stadt-koeln.de](mailto:gruene-fraktion@stadt-koeln.de)

**Öffnungszeiten:** mo bis fr 9 – 12 Uhr;

mo, di, do 13 – 16 Uhr; mi 13 – 19 Uhr

**Fraktionsvorstand:** Vorsitzende: **Barbara Moritz**; 1. stellv. Vorsitzender u. Geschäftsführer: **Jörg Frank**; 2. stellv. Vorsitzende: **Birgitta von Bülow**; Vorstandsmitglieder: **Kirsten Jahn, Andreas Wolter und Bürgermeisterin Angela Spizig.**

**Fraktionsitzung (Mittwochskreis):**

In der Regel mittwochs um 19:00 Uhr im spanischen Bau des Rathauses, Saal A15a, Erdgeschoss.

## BÜRGERMEISTERIN

### Angela Spizig

**Tel.:** 0221 / 22126063, **Fax:** 0221 / 22126064

**Mail:** [angela.spizig@stadt-koeln.de](mailto:angela.spizig@stadt-koeln.de)

**Referent:** Christoph Goormann

**Mail:** [christoph.goormann@stadt-koeln.de](mailto:christoph.goormann@stadt-koeln.de)

## ARBEITSKREISE

Die Fraktionsarbeitskreise tagen in der Regel während der Sitzungszeit monatlich im Fraktionsbüro, Rathaus Spanischer Bau, Rathausplatz 1. Die aktuellen Termine erfahren Sie entweder telefonisch (22125919) oder per eMail ([gruene-fraktion@stadt-koeln.de](mailto:gruene-fraktion@stadt-koeln.de)). Im folgenden die Übersicht der verantwortlichen Ratsmitglieder (Sprecher & Sprecherinnen) für die jeweiligen Politikbereiche:

### Bauen:

**Finanzen:**

**Frauen:**

**Gesundheit:**

**Jugendhilfe:**

**Kultur:**

**Liegenschaften:**

**Rechnungsprüfung:**

**Schule & Bildung:**

**Soziales:**

**Sport:**

**Stadtentwicklung:**

**Stellenplan/Personal:**

**Umwelt:**

**Verkehr:**

**Verwaltung:**

**Wirtschaft:**

**Queer-AK:**

### Gerd Brust

Jörg Frank

Kirsten Reinhardt

Stefan Peil

Kirsten Jahn

Brigitta von Bülow

Manfred Richter

Manfred Waddey

Horst Thelen

Ossi Helling

Elisabeth Thelen

Barbara Moritz

Brigitta von Bülow

Matthias Welpmann

Bettina Tull

Andreas Wolter

Jörg Frank

Andreas Wolter

& Elke Hausner

# ABO?

**Rathaus Ratlos KOSTENLOS!**

Es gibt zwei Möglichkeiten:

1. E-Mail an [gruene-fraktion@stadt-koeln.de](mailto:gruene-fraktion@stadt-koeln.de)
2. oder Postkarte an: GRÜNE im Kölner Rat, Rathausplatz 1, 50667 Köln

Bitte geben Sie an, ob Sie per Post die Printausgabe oder eine PDF-Datei als E-Mail erhalten wollen.



Foto: Oliver Mostert

## Neues Konzept

# Öffentliche Toiletten im Stadtgebiet

Im Kölner Stadtgebiet betreibt JCDecaux öffentliche Toiletten im Rahmen des Werbenutzungsvertrags mit der Stadt, der am 1.1.2015 ausläuft. Dann werden die Toiletten abgebaut. Der Rat hat nun beschlossen, künftig die Abfallwirtschaftsbetriebe (AWB) mit der Errichtung und dem Betrieb der öffentlichen Toiletten zu beauftragen. Dabei wird die städtische Beschäftigungsgesellschaft KGAB einbezogen. Bereits 2014 werden in einem Pilotversuch drei neue barrierefreie Citytoiletten aufgestellt. 2015 kommen dann weitere 27 als Ersatz für die JCDecaux-Toiletten hinzu. Auch die sechs Toiletten in Gebäuden übernimmt die AWB. Zusätzlich sollen 14 mobile Anlagen während der Sommerzeit in Grünanlagen aufgebaut werden. Auf den Kölner Friedhöfen werden 88 Toilettenbetrieben, für deren Sanierung der Rat 200.000 € bewilligt hat. Zusammen mit den Toiletten in städtischen Gebäuden so-

wie weiteren elf bei den Kölner Verkehrsbetrieben existiert dann Ende 2015 ein Angebot von weit über 150 öffentlichen Toiletten.

Die Verwaltung wird zudem mit etwa 60 Gaststätten Verträge über die öffentliche Nutzung ihrer Toiletten schließen. Das Angebot heißt „Nette Toilette“.

Nach jahrelangem Warten auf ein neues Toilettenkonzept ist damit endlich der Durchbruch gelungen. Vor allem auch für behinderte und ältere Menschen wird dies dann von großem Vorteil.

Die Umsetzung kostet jährlich gut 1,6 Mio. Euro, die aus Erlösen des neuen Werbenutzungsvertrags finanziert werden sollen. Von den Bezirksvertretungen gibt es weitergehende Wünsche für zusätzliche Toiletten-Standorte. Darüber soll dann nach Auswertung der Erfahrungen mit dem neuen Konzept entschieden werden.

gb

## Termine

**Montag, 13. Januar, 19.30 Uhr**

Gebäude als Erinnerung  
Architekturforum Rheinland e.V.  
Domforum, Domkloster 3

**Donnerstag, 16. Januar, 19 Uhr**

GRÜNE OV1 Mitgliederversammlung  
Aufstellung der BV-Liste Innenstadt  
Grünes Zentrum, Ebertplatz 23

**Samstag, 25. Januar, 11.30 Uhr**

GRÜNE KreisMitgliederversammlung  
Kommunalwahlprogramm 2014  
Humboldt-Gymnasium, Kartäuserwall

**Dienstag, 11. Februar, 15.30 Uhr**

Ratssitzung  
Rathaus, spanischer Bau

Postvertriebsstück G 7006 Entgelt bezahlt

Bündnis 90/Die Grünen im Kölner Rat, Rathausplatz 1, 50667 Köln

**Ratsreporter Ignatz Igel**



## Aufgespießt

Die Großstädte ersticken in Schulden. Köln sei im bundesweiten Vergleich die Stadt mit dem zweithöchsten Schuldenstand. Das riecht nach Bankrott und Zahlungsunfähigkeit. Ernst & Young (E&Y), eines der großen Wirtschaftsprüfungsunternehmen, war es, das solche Katastrophenmeldungen verbreitete, die große Schlagzeilen versprechen. Sie kündigten damit ihre Umfrageergebnisse bei 300 Kommunen an. Aber ist diese Kernaussage deshalb richtig? Gibt sie z.B. die Finanzlage Köln tatsächlich realistisch wieder?

E&Y reduziert den Vergleich auf die Darstellung der Pro-Kopf-Verschuldung. E&Y unterschlägt dabei das Vermögen der Städte. Im Falle Kölns stehen 2.400 Euro Schulden pro Einwohner ein Pro-Kopf-Vermögen von 16.000 Euro gegenüber. E&Y verzerrt so die Realität und schadet dem Ansehen Kölns. Für E&Y wahrlich kein Ausweis von Kompetenz!

Die Finanzlage vieler Städte – vor allem in NRW – ist prekär. Sie sind strukturell unterfinanziert. Dies beschreibt der Städtetag in seinem jüngsten Bericht. Zu Recht fordert der Städtetag gegenüber der neuen großen Koalition die kommunale Einnahmeseite zu stärken. Er fordert die Modernisierung der Gewerbesteuer und eine Reform der Finanzbeziehungen.

Was Köln angeht, so müssen Rat und Verwaltung den von der Stadtkämmerein eingeschlagenen Weg konsequent fortsetzen. Dieser Kurs zeigt Erfolg. So wurden in den letzten Jahren die Kapitalmarktschulden um ca. 400 Mio. Euro abgebaut. Im aktuellen Jahresergebnis wird der Jahresfehlbetrag um ca. 68 Mio. Euro reduziert, so dass er noch 228 Mio. Euro beträgt.

Die Stadt Köln ist nicht bedrohlich verschuldet. Der Gesamtkonzern Stadt einschließlich der wirtschaftlich starken Stadtwerke ist in solider Verfassung.